

**ak**

Wie die Troika-Sparpolitik Frauen in Athen trifft **2**  
Das europäische Krisenmanagement **3**  
Die Linke vor großen Herausforderungen **4**  
Krisenherd Wohnungsmarkt am Beispiel Berlin **5**  
Blockupy 2013 – Camp, Blockaden, Aktionen, Demo **6**



# Blockupy 2013

**Europa protestiert, Deutschland pennt?  
Die Blockupy-Aktionstage wollen das ändern.  
Ein ak extra über die Profiteure der »Eurorettung«  
und den Widerstand von unten.**

**J**ede Revolution beginnt mit einem Auflauf. So weit so gut, aber was kommt dann? Diese Frage stellen sich im Jahr Sieben nach Beginn der Krise AktivistInnen quer durch Europa. In Griechenland, Spanien und Portugal haben sie gestreikt, demonstriert und Plätze besetzt. Millionen waren auf der Straße – doch der Erfolg war bescheiden. In Deutschland blieb es bisher ruhig. Zwar leiden die Menschen auch hier unter Niedriglohn, Hartz IV und Firmenpleiten, aber sie leiden still. Zum Aufschrei der Empörung kommt es nur vereinzelt, bei Arbeitskämpfen oder dem Protest gegen steigende Mieten, aktuell in Berlin. Doch auch wenn die Kämpfe dem europäischen Krisenmanagement bislang wenig entgegensetzen konnten, haben sie Beziehungen geschaffen, die für den Aufbau einer Alternative von unten wichtig sind. Nun sollen die Blockupy-Aktionen Ende Mai in Frankfurt am Main die Vereinzelung überwinden und neue Bande des europäischen Protests knüpfen. Unsere AutorInnen sichten die Lage und haben ein paar Ideen, wie es weitergehen könnte.

ak-Redaktion

## Das Warten ist vorbei. In Bewegung bleiben. Blockupy 2013.

**Eine Mitteilung aus der Interventionistischen Linken**

**W**ir kommen wieder. Blockupy 2012 war nur der erste Höhepunkt einer politischen Intervention weit über den Moment hinaus. Das wahnwitzige Sicherheitsszenario des Staates hat bewiesen, was die Macht tun wird, sobald wir ins Schwarze zielen – und treffen. BürgerInnenrechte? Demonstrationenfreiheit? Formelle Demokratie? Umstandslos außer Kraft gesetzt, auf Anweisung des politischen Personals. Schon deshalb machen wir Frankfurt in diesem Frühjahr ein zweites Mal zu einem Knotenpunkt des Kampfes gegen die deutsch-europäische Troika. Wenn wir dabei auch die offenbaren Schwächen und Mängel unseres ersten Anlaufs beheben wollen, zielt das nicht nur auf technisch-taktische Verbesserungen dessen, was wir und viele andere vor einem Jahr mit dem internationalen Aktionstag M31 und den Maifestspielen des Blockupy-Ungehorsams versucht haben. Vom 31. Mai bis zum 2. Juni 2013 werden wir uns vielmehr über die kommenden Möglichkeiten verständigen und zusammen erproben, wie das alltägliche Krisenkommando der Vereinzelung und Einschüchterung auf Dauer zu unterbrechen ist.

### **1. Ein kurzer Blick zurück**

Blockupy 2012 und M31 waren der Versuch, auch in Deutschland den Anschluss an die Massenproteste Südeuropas zu finden. Denn wenn die deutschen Polit- und Finanzeliten der erste Profiteur und deshalb der Antreiber der Troika sind, dann auch deshalb, weil sie dabei durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens gedeckt sind, der nicht zuletzt auf der Zustimmung großer Gewerkschaften beruht. In Frankfurt mit denen zusammenzukommen, die sich diesem Konsens verweigern, war von

daher zuerst einmal ein Gruß an die Empörten von Griechenland, Spanien, Portugal und Italien, die sich Tage zuvor in deutlich größerer Zahl versammelt hatten. Diese Geste der Solidarität mit den Platzbesetzungen und Massendemonstrationen im Süden Europas war aber zudem bewusster Versuch, die Grenzen des deutschen Krisenkorporatismus auch nach innen, den Widerstand auch in Deutschland sichtbar zu machen. Zum Erfolg von Blockupy 2012 gehört deshalb, dass die gemeinsame Verabredung von radikalen Linken, globalisierungskritischen und Occupy-AktivistInnen, oppositionellem gewerkschaftlichem Protest und der Partei DIE LINKE breiten Zuspruch gefunden hat: Wer nach Frankfurt kam, wollte mehr als die legale Protestbürokratie aus Flugblatt-Kundgebung-Latschdemo. Blockupy 2013 wird das vertiefen.

### **2. Das Kapital ist die Krise**

Mittlerweile ist nicht nur für Linksradikale zum Gemeinplatz geworden, dass der Kapitalismus selbst die Krise ist, und dass es deshalb nicht um die »Gier« der Banker, das Irresein neoliberaler IdeologInnen, die »Entfesselung der Finanzmärkte« geht. Immer mehr Menschen ahnen, dass die Polit-, Medien- und Finanzentourage im Spektakel der immer neuen Ultimaten einer Politik am Abgrund (gestern Griechenland, Island, Spanien, Italien, heute Zypern) den Druck nach unten weitergibt, von dem sie selbst getrieben wird.

Der Kapitalismus ist aber nicht nur deshalb selbst die Krise, weil er unser Leben einer immer rücksichtsloseren Ausbeutung unterwirft, weil er in Europa Hunderttausende, im globalen Süden Milliarden in eine zum Teil mörderische Armut zwingt. Er ist nicht nur deshalb die Krise, weil er die Erde ausplündert, die Luft und die Flüsse, die Seen und Meere verpestet und die ganze Welt mit den imperialistischen Gemetzeln des »Krieges gegen den Terror«

überzieht. Der Kapitalismus ist die Krise, weil die Krise von Anfang an die Bedingung, die Form und die Dynamik des Systems des privaten Eigentums war und das bis zu seinem Ende auch bleiben wird: in allen gesellschaftlichen Verhältnissen und nicht nur im Hinblick auf Ausbeutung, Verarmung und Entrechtung. Zur Krise, die der Kapitalismus selbst ist, gehört die permanente Umwälzung und Entgrenzung seiner Produktions- und Reproduktionsweisen. Das betrifft nicht nur die Ökonomie und die Politik, das trifft auch und gerade die Verhältnisse und Beziehungen des alltäglichen Lebens und Zusammenlebens: Auch sie werden immer neu umgewälzt, aufgelöst, gewaltsam neu zusammengesetzt, wieder zerrissen.

Die Krise, die das Kapital selbst ist, ist immer auch seine Antwort auf einen vieltausendfachen, vielgestaltigen Widerstand. M31 und Blockupy haben versucht, die nationalen Borniertheiten vieler linker Politiken in exemplarischer Verdichtung zu überschreiten. Grenzüberschreitend müssen die Kämpfe allerdings nicht nur im geografischen Sinn des Worts sein. Muss sich das Kapital im Zwang gesteigerter Verwertung überall einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen, müssen die Widerstände das auch tun.

Tatsächlich haben wir gar keine andere Wahl, als das Terrain der Kämpfe auch von uns aus zu entgrenzen: Denn die stete Verunsicherung und Gefährdung des Lebens und die fortgesetzte Verknappung seiner Ressourcen inmitten eines historisch einmaligen Reichtums ruft immer neue Nationalismen, Faschismen, Antisemitismen, Rassismen hervor. Sie stärkt darin auch und gerade das älteste aller Herrschaftsverhältnisse, das Patriarchat. Die Krise, die der Kapitalismus selbst ist, appelliert jeden Tag neu an die elendsten Ressentiments und lässt so ökonomische, ethnisierte, rassistische und sexistische Gewalt ineinander übergehen.

Fortsetzung auf Seite 2

»

# Der Hunger und das fehlende Obdach der Athenerinnen

Die von der Troika diktierte Sparpolitik trifft in Griechenland vor allem Frauen aus der ehemaligen Mittelschicht

Von Sandra Ernst Kaiser

Theanó M. steht mit rund 150 Menschen vor einem Gebäude in der zentralen Sofokelous-Straße in Athen, aus dem es nach Suppe riecht. Sie haben Hunger. Für einige von ihnen gibt es in dem Gebäude auch einen Schlafraum mit Betten und die Möglichkeit zu duschen. Die meisten aber müssen sich einen Platz zum Schlafen irgendwo unter freiem Himmel suchen. Ist es überhaupt möglich, im Lärm der 650.000-Einwohnerstadt zu schlafen? »Öchi«, nein, sagt Theanó. Der Lärm sei aber das geringere Problem. In den vergangenen Wintermonaten war es vor allem die Kälte, die ihr zu schaffen machte.

Angeregt unterhalten sich einige in der Menschenschlange, andere lesen die Zeitung. Zu lesen bekommen die GriechInnen in diesen Tagen, dass PolitikerInnen in ganz Europa erleichtert durchatmen: Griechenland bleibt Teil der Eurozone. Für die AthenerInnen kein Grund zum Jubeln, wohl eher für Zynismus, denn die drastischen Einsparungen, die lähmende Konjunktur und die taumelnde Wirtschaft schlagen tiefe Wunden in die griechische Gesellschaft: Mitten in Europa ist der Hunger zurückgekehrt.

## Unter den Privilegierten

Selbst bei frühlingshaften Temperaturen trägt Theanó noch wärmende Winterpullover. Ihre warme Felljacke und ihr anderes Hab und Gut fährt sie in einem Einkaufswagen durch die Straßen. »Die Situation ist nun gerade so, dass ich nirgends wohnen kann und auf der Straße leben muss«, sagt Theanó. Rechtsanwältin



Viele leben vom Ersparten. Wenn das aus ist, müsste das System eigentlich implodieren.

tin wollte sie werden, doch das Studium war ihr zu langwierig und kostspielig. Sie begann, bei einem Scheidungsanwalt als Sekretärin zu arbeiten.

»Aber wer kann sich in Zeiten der Krise schon eine Scheidung leisten?«, fragt sie, während sie hastig ihre Suppe löffelt. Jetzt, als 49-Jährige, schläft sie in einer Seitenstraße zwischen der Akademias und der Skoufa, sie hat sich das Reichenviertel der griechischen Metropole ausgesucht. »Wenn einem dort jemand Geld gibt, dann sind es wenigstens Scheine.« Außerdem, erklärt Theanó, gehöre sie zu den Privilegierten: »Ich besitze einen Schlafsack, im Unterschied zu anderen hier.« Arbeitslos wurde sie vor einhalb Jahren. Ihr Erspartes ging für die Miete, für Strom und Heizkosten auf – bis sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnte.

## Die neuen Obdachlosen

Theanó M. gehört zu jenen, die man in Griechenland »Neo Astegos« nennt: die neuen Obdachlosen. Menschen, die vor wenigen Jahren in der sogenannten Mittelschicht lebten, durch die Krise zuerst ihre Arbeit und dann ihre Existenz verloren haben. Jüngeren Berechnungen zufolge werden in Griechenland pro Tag 1.000 Erwerbstätige gekündigt. War im Jahr 2008 jede elfte Frau arbeitslos, ist es jetzt jede dritte. Schnell verlieren sie dann ihr Dach über dem Kopf. Denn das Arbeitslosengeld wird in Griechenland unabhängig vom bisherigen Einkommen in einer Höhe von 360 Euro für maximal ein Jahr ausbezahlt. Dann ist Schluss. Der Staat zahlt keinen Notstand, keine Mindestsicherung, nichts.

Nicht nur das beinahe zerstörte Sozialsystem nimmt den GriechInnen die Luft zum Atmen. Um nicht bankrottzugehen und um die internationalen Geld-

geber zu befrieden, fährt die griechische Regierung einen harten Sparkurs. So wurden innerhalb von nur drei Jahren einige Kollektivverträge abgeschafft, Betriebe geschlossen, Löhne und Pensionen drastisch gekürzt, Krankenhauspersonal entlassen, Staatseigentum privatisiert, Massensteuern erheblich erhöht und Schulen im großen Stil geschlossen. Zwischen 2010 und 2012 ist das reale Durchschnittseinkommen um 45 Prozent gesunken, und Griechinnen sind dabei mit einem durchschnittlich 22 Prozent niedrigeren Lohn als ihre Kollegen per se in einer schwierigeren Ausgangslage.

## 65 Prozent ohne Arbeit

Wie sehr die Krise die Frauen trifft, zeigt sich rund um den zentralen Omónia-Platz. Hier florieren nicht nur Pfandleihhäuser, der sternförmig angelegte Platz ist auch zum Zentrum illegaler Straßenprostitution geworden. Explosionsartig hat sich diese in den vergangenen Jahren entwickelt: Athens Bürgermeister Giorgos Kaminis spricht von einem Anstieg von 1.500 Prozent. Bei einem Angebot von etwa 20.000 Prostituierten leidet auch der Preis: »Mehr als fünf Euro pro Stunde verlangt hier kaum eine Frau«, sagt Areti Dimou, die bis vor zwei Jahren im Ministerium arbeitete und seither von ihrem Ersparten lebt.

Unter dem ökonomischen Druck bröckeln aber auch soziale Netzwerke. Das Auffangen vor der Obdachlosigkeit durch FreundInnen, Bekannte oder die Familie hält diesem Druck oft nicht mehr stand. Zoé, die sich auch um eine warme Mahlzeit anstellt, wird derzeit noch von ihrem familiären Netz aufgefangen. Einen Job hatte die 22-Jährige noch nie, und ein Studium ist derzeit für sie nicht finanzierbar.

Sie zählt laut dem griechischen Statistikamt (El.Stat.) zu jenen 65 Prozent junger Griechinnen, die keine Arbeit haben. Die meisten leben vom Ersparten ihrer Verwandten, so auch sie. Unterstützung kommt von ihren Großeltern, denn ihre Mutter, Krankenpflegerin in einem staatlichen Spital, erhält seit drei Monaten ihr Gehalt (800 Euro brutto) nicht mehr; KollegInnen in der psychiatrischen Abteilung bereits seit neun Monaten. »Sie gehen aber trotzdem arbeiten in der Hoffnung, dass sie ihr Gehalt irgendwann bekommen. Wenn sie kündigen, bekommen sie nirgendwo mehr Arbeit«, meint Zoé.

## Auf Operationen warten

In der Hoffnung, dass PflegerInnen und ÄrztInnen weiterhin arbeiten gehen, lebt Areti Dimou. Seit zwei Monaten wartet sie bereits auf einen Operationstermin – und es sollte bald passieren, denn »ab August bin ich nicht mehr krankenversichert, dann kann ich mir den gynäkologischen Eingriff nicht mehr leisten«. Arbeitslosengeld hat sie nie bekommen, weil sie stets befristete Arbeitsverträge hatte.

Diese Art von Kettenverträgen setzte sie bereits als Angestellte unter Druck, sodass sie monatlich möglichst viel Geld zur Seite legte – Geld, das sie jetzt dringend braucht, auch wenn sie sich eine sparsame Strategie zurechtgelegt hat: »Ich koche nur mehr zweimal in der Woche, hin und wieder esse ich bei meiner Mutter. Geheizt habe ich diesen Winter nie. Ich fahre nur in den dringendsten Fällen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, habe kein Auto, gehe nicht mehr Kaffeetrinken oder abends aus. Ich kaufe mir eigentlich nur mehr das Wichtigste.« Wie viele andere AthenerInnen auch. »Viele leben vom Ersparten. Wenn das aus ist, müsste das System eigentlich implodieren«, spekuliert sie.

Für Theanó M. hingegen ist das System bereits implodiert. Über Kalkulationen wie Dimou denkt sie seit längerer Zeit nicht mehr nach: »Das sind schon fast Luxusprobleme«, lächelt die Frau. Am Weg Richtung Akademias denkt sie erst einmal daran, wie sie die nächste Nacht gut überstehen soll. ●

Sandra Ernst Kaiser ist Soziologin und Journalistin bei DieStandard.at.

Der Artikel erschien zuerst bei DieStandard.at.

» Fortsetzung von Seite 1

## 3. Kampf um die Krise

Das Troika-Regime geht aktuell vor allem auf zwei Ebenen vor. Unter der Maßgabe der Austeritätspolitik sorgt es ökonomisch für eine weitere Entwertung, Entwertung, letztlich Überausbeutung der Arbeitskraft – einschließlich eines massiven Rückbaus erkämpfter sozialer und politischer Rechte, voran des Streikrechts. Forciert wird das durch den im Rahmen des »Schuldendienstes« enthemmten Raub der öffentlichen Güter der Gesundheit, des Wohnens, des Verkehrs, der Bildung im Zug fortgesetzter Privatisierungen.

Politisch entspricht dem die Aushöhlung der formellen Demokratie nach dem Vorbild der in Griechenland und Italien exekutierten »Finanzstaatsstreich«. Sie vollzieht sich zum anderen durch weitere Verschiebung des Exekutivrechts von den nationalen zu den EU-Organen, also durch den Ausbau von transnationalen Staatsapparaten ohne jede demokratische Legitimation und im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der nordeuropäischen Mehrheitsgesellschaften, allen voran Deutschlands.

Ab 2014 soll die EZB sämtliche Banken der Eurozone beaufsichtigen. Das zielt nicht bloß auf die Banken und die Gefügigkeit von Regierung. Die EZB wird dann festlegen, was eine portugiesische Krankenschwester und ein griechischer Lehrer verdienen dürfen, um die »Stabilität des Euro« und das »Vertrauen der Finanzmärkte« nicht zu gefährden. Block-

upy 2013 ist ein Ort, herauszufinden, wie wir dieses Spektakel kippen können, um den Widerspruch dann gestärkt in den Alltag zurückzuführen, in dem er sich neu entzünden kann. Denn auch hierzulande mehren sich neue soziale Widerstände: direkte Aktionen gegen steigende Mieten und Zwangsräumungen, gegen prekäre Arbeitsbedingungen und die Schikanierung im Jobcenter, für ökologische und demokratische Energieversorgung, gegen alltäglichen Rassismus und für globale Bewegungsfreiheit.

## 4. Über Europa hinaus

Der Kampf um den Verlauf der europäischen Krise wird aber längst nicht nur in Europa geführt. Die arabischen Revolutionen fegten nicht nur die Despoten der Ben Alis und Mubaraks hinweg und öffneten damit nicht nur die Zeit und den Raum ihres langen Kampfes um Demokratie und Freiheit, gegen die Restaurationsversuche des Militärs und die reaktionäre »Alternative« religiöser Fundamentalismen. Binnen weniger Monaten schufen sie eine neue politische Universalität.

Natürlich ersetzt der Enthusiasmus nicht den langen Prozess eines weltumspannenden Austauschs, der ganze Bündel von Widersprüchen und mehr als einen Bruch auch unter uns einschließen wird. War aus Tunis und Kairo zu lernen, dass die Machtfrage plötzlich, binnen weniger Tage gestellt werden kann, so hat uns das linke Lateinamerika gelehrt, dass ihre Beantwortung Jahrzehnte braucht. Keine schlechte Lektion.

## 5. Zurück nach Frankfurt

Waren M31 und Blockupy 2012 auch eine Antwort auf die Versammlungen der Puerta del Sol, des Syntagma- und des Tahrir-Platzes, wird Blockupy 2013 unser Einstieg in einen Kampf um die europäische Krise sein, der an den Grenzen Europas nicht haltmachen wird. Dafür sorgen schon die, die diese Grenzen seit Jahren schon erfolgreich überwinden; dafür sorgen auch die, die Tag für Tag zu den Opfern des europäischen Grenzregimes werden. Der Kampf um die europäische Krise wird deshalb auch ein Kampf um eine offene europäische BürgerInnenschaft sein, der den antirassistischen Leitsatz »Alle, die hier sind, sind von hier« politisch anerkennt.

Blockupy 2012 hat nicht alles erreicht, was möglich gewesen wäre, wir haben zu wenig von dem tun können, was wir uns vorgenommen haben. So wurde die Blockade der EZB und der Frankfurter Innenstadt maßgeblich von der Polizei selbst organisiert: Wir hatten das zwar mit eingeplant, doch unseren Eigenanteil deutlich höher angesetzt. Doch Blockupy 2012 war kein vereinzelter »Event«, sondern ein Zug in einer Geschichte, die lange vorher begonnen hat und dieses Jahr ihren nächsten Zug zieht. Dies am selben Ort zu tun, in Frankfurt, ist ein wichtiges Moment: weil Frankfurt nicht irgendeine Stadt, sondern der Sitz der EZB und eine Schaltzentrale der Troika ist. Sichtbar wird dies schon daran, dass in den drei, vier Straßen der »roten Zone« des Finanzplatzes Frankfurt ca. 70.000 Menschen in 220 Banken und Fi-

nanzinstituten 4.000 Milliarden Euro hin und her schieben: täglich. Auch deshalb ist Frankfurt ein weltweit vernetzter – und äußerst verletzlicher Knoten der europäischen Krise.

## 6. Eine radikale gesellschaftliche Linke

Auch diesmal werden GenossInnen aus verschiedenen europäischen Ländern nach Frankfurt kommen. Auch diesmal werden Tausende von anderswo auf uns schauen. Auch diesmal werden radikale Linke mit AktivistInnen der Gewerkschaften, linker Jugendverbände, verschiedener sozialer Bewegungen und der Linkspartei zusammenkommen, werden viele Menschen dabei sein, die ganz von sich aus, vielleicht zum ersten Mal an Blockupy teilnehmen. Weil es auch diesmal um inter-, anti- und transnationale Solidarität geht, geht es zugleich darum, den deutschen Krisenkorporatismus von innen auszuhöhlen. Wieder geht es darum, sexistische, nationalistische, rassistische, antisemitische, faschistische »Krisenlösungen« anzugreifen, in Worten und in der direkten Aktion der Empörung und des Ungehorsams.

Wir sehen uns in Frankfurt, vom 30. Mai bis zum 1. Juni. Kommt zum Camp! Beteiligt euch am Blockupy-Tag des kollektiven Ungehorsams! Macht mit im antikapitalistischen Block auf der Großdemonstration! ●

Interventionistische Linke, April 2013

Der vollständige Aufruf ist zu finden unter: [www.dazwischengehen.org](http://www.dazwischengehen.org).

# Sparen für die Wettbewerbsfähigkeit des Kapitals

Eine kurze Geschichte der autoritären EU-Austeritätspolitik

Von Nikolai Huke und Felix Syrovatka

Als die europäischen Staats- und Regierungschefs am 15. März in Brüssel vor die Presse traten, hatten sie wenig Neues zu verkünden. Es gab weder konkrete Beschlüsse noch neue Vereinbarungen. Allerdings hatten sie auf dem Eurogipfel über den Pakt für Wettbewerbsfähigkeit verhandelt.

Ähnlich dem Fiskalpakt, der die EU-Staaten zum Sparen zwingt, soll ein Staatsvertrag zwischen den EU-Staaten und der Europäischen Kommission geschlossen werden – abseits des europäischen Rechts. Er verpflichtet die Mitgliedsländer, »Strukturreformen« in Bereichen durchzuführen, die »nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen«. Dabei soll es, erklärte Angela Merkel, »um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen«.

Der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist damit der bisher letzte Baustein, mit dem Austeritätspolitik – der neoliberale Dreiklang aus Liberalisierung, Privatisierung und Sozialabbau – europaweit und wo nötig autoritär als zentrale Krisenlösungsstrategie der EU institutionell verankert wird.

## Krisen des Kapitalismus

Ziel der autoritären Austeritätspolitik ist die Stabilisierung des Kapitalismus. Als die US-Immobilienkrise ab 2006 auf die weltweiten Finanzmärkte übergriff und zu einer Refinanzierungskrise des Industriekapitals und damit zu einer umfassenden Krise des (nordatlantischen) Kapitalismus wurde, reagierten die nationalen Regierungen in Europa mit Konjunkturprogrammen und »retteten« systemrelevante Banken, indem sie ihre Verluste sozialisierten. Durch die Interventionsprogramme, aber auch durch sogenannte automatische Stabilisatoren (steigende Sozialausgaben etwa für Arbeitslosengeld infolge der Krise) stieg europaweit die Staatsverschuldung an.

Besonders deutlich stieg sie in den EU-Ländern, deren Wettbewerbsfähigkeit sich gegenüber den Ländern des exportstarken EU-Zentrums (Deutschland, Österreich, Finnland und die Niederlande) verschlechtert hatte. Die ökonomischen Differenzen wurden zu einer Frage der Moral gemacht: Aus den Ländern des europäischen Zentrums wurden sparsame »Musterschüler«; aus den Staaten der Peripherie (Portugal, Irland, Italien, Grie-

chenland, Spanien) verschwenderische »PIIGS«. Dass die Exportindustrie der Zentrumsstaaten jahrelang von der Schwäche der Peripherie profitiert hatte und die Exportüberschüsse zentraler Bestandteil der Krise waren, wurde ausgeblendet.



Der deutsche Export hat jahrelang von der Schwäche der EU-Peripherie profitiert.

## Bausteinpolitik

Das EU-Krisenmanagement zielte auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals. Mittel war die Durchsetzung von Spar- bzw. Austeritätspolitik in der europäischen Peripherie – notfalls auch gegen die demokratischen Institutionen. Ein systematisches Kontrollsystem autoritärer Austeritätspolitik wurde auf europäischer Ebene verankert. Es wurde teils über zwischenstaatliche Verträge, teils über europäische Verordnungen etabliert. »Weil sich eine Standortpolitik als Austeritätspolitik, die auf Umverteilung, Sozialkürzungen und öffentliche Sparprogramme setzt, gegen den Widerstand der Bevölkerung ... nicht »automatisch« über den Mechanismus des Wettbewerbs im ausreichenden Maße durchsetzen lässt, soll sie nun ... zentral verordnet werden«, beschreibt der Sozialwissenschaftler Andreas Fisahn treffend die Ausrichtung der europäischen Politik.

Mit dem sogenannten Euro-Plus-Pakt einigten sich die Staats- und Regierungschefs im März 2011 auf Leitlinien des Krisenmanagements. Sie umfassen unter anderem Eingriffe in die Tarifauseinandersetzungen, um Löhne zu senken; eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und der Lebensarbeitszeit; eine Senkung der Besteuerung des Faktors Arbeit bei »gleichzeitiger Wahrung des Gesamtsteueraufkommens« – d.h. eine Verschiebung der Steuerlast auf die Lohnabhängigen – sowie die Konstitutionalisierung von »Haushaltsdisziplin« über die Festsetzung sogenannter Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild auf nationaler und subnationaler Ebene. Der Euro-

Plus-Pakt ist, wie der lobbykritische Verband Corporate Europe Observatory in einer Gegenüberstellung zeigte, in weiten Teilen deckungsgleich mit Vorschlägen des europäischen Arbeitgeberverbands BusinessEurope.

Um die Durchsetzung dieser Leitlinien zu ermöglichen, wurden insbesondere die Kompetenzen der EU-Kommission ausgebaut: Mit dem sogenannten Europäischen Semester wurden die Nationalstaaten verpflichtet, ihr Reformprogramm zur Prüfung vorzulegen. Dank der im März 2013 verabschiedeten sogenannten Two-Pack-Verordnungen darf die Kommission darüber hinaus die Haushalte der Mitgliedsstaaten bewerten und sogar zur »Überarbeitung« zurücksenden.

Nachdem die Empfehlungen der EU-Kommission zunächst nicht viel mehr zu sein schienen als »Beiträge zur Diskussion«, wie Angela Merkel erklärte, wurden sie durch weitere Bausteine mit wirksamen Sanktionsmechanismen verknüpft. Die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Rahmen der Six-Pack-Regelungen erlaubt es künftig einfacher als bisher, Staaten, die gegen europäische Vorgaben der Haushaltsdisziplin und -konsolidierung verstoßen, finanziell zu sanktionieren. Vorgesehen sind etwa Strafen in Höhe von bis zu 0,5 Prozent des BIP. Der EU-Kommission kommt dabei eine entscheidende Rolle zu – dank des neuen »reverse majority voting«. Damit gelten ihre Entscheidungen automatisch als vom Rat der Wirtschafts- und Finanzminister angenommen, wenn dieser nicht innerhalb von zehn Tagen widerspricht.

## Kosmetik für Sparpolitik

Die ebenfalls in den Six-Pack-Regelungen enthaltene Kontrolle zur »Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte« ermöglicht es der Kommission zudem, jährlich »übermäßige Ungleichgewichte« – unter anderem Handelsbilanzdefizite oder »exzessive« Steigerungen von Nominallöhnen – zu identifizieren und gegebenenfalls mit Strafen bis hin zu einer Geldbuße von 0,1 Prozent des BIP zu sanktionieren.

Mit dem Fiskalpakt wird die Verankerung einer Begrenzung des strukturellen Defizits auf 0,5 Prozent sowie einer Verschuldungsobergrenze von 60 Prozent des BIP in den nationalen Verfassungen vereinbart. Überwacht werden sollen die Regelungen vom Europäischen Gerichtshof. Wird die Obergrenze überschritten, wird automatisch und ohne Entscheidung von Parlamenten ein Korrekturmechanismus ausgelöst, dessen Ausgestaltung in den Händen der Europäischen Kommission liegt.

Der Fiskalpakt steht als Abkommen zwischen den Mitgliedsstaaten außer-

halb der europäischen Verträge, greift jedoch in europäisches Recht ein, was juristisch zumindest grenzwertig ist. Der Pakt gilt prinzipiell unbegrenzt, da eine Ausstiegsklausel fehlt. Besonders drastisch wirkt die autoritäre Austeritätspolitik in den Auflagen der Memoranden der »men in black« (Cristóbal Montoro) der Troika aus Europäischer Zentralbank, Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

Da die Austeritätspolitik die europäischen Staaten in eine Rezession führte, wurde 2012 – unter dem Druck Frankreichs, aber auch des IWF – die Sparpolitik durch Wachstumsinitiativen ergänzt. Der daraus hervorgegangene sogenannte Wachstumspakt ist jedoch nur Kosmetik für die einseitige Sparpolitik der EU, da die im Pakt verklammerten Projekte einerseits aus schon bestehenden Töpfen finanziert werden und andererseits mit 120 Milliarden Euro für die gesamte Eurozone eher geringe Mittel zur Verfügung stehen.

Der jetzt verhandelte Pakt für Wettbewerbsfähigkeit setzt die damit entstandene Doppelstrategie fort: drastische Sparmaßnahmen und halbherzige Wachstumsinitiativen. Man habe ausführlich über die weitere Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik diskutiert und sich darauf geeinigt, »dass Konsolidierung, Strukturreformen und Wachstum keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen«, so Angela Merkel nach dem Eurogipfel Mitte März 2013.

## Politische Instabilität

Zu den Krisen, die durch das europäische Krisenmanagement verstärkt oder ausgelöst wurden, gehört nicht nur die wirtschaftliche Rezession. Weitmas bedrohlicher sind alltägliche individuelle Krisen, die in Südeuropa zu massiven sozialen Protesten, aber auch zu drastisch steigenden Suizid- und Krankheitsraten geführt haben. Die Prekarisierung der alltäglichen Lebensbedingungen findet in einer politischen Instabilität ihren Ausdruck, die potenziell auch die autoritäre Austeritätspolitik für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kapitals infrage stellt. Wahlerfolge wie jener von SYRIZA (aber auch der faschistischen Partei Goldene Morgenröte) in Griechenland oder der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien zeigen, dass die Hegemoniekrise des EU-Krisenmanagements nur zeitweise durch Technokratenregierungen verdeckt werden kann. ●

Nikolai Huke und Felix Syrovatka sind Mitglieder der Marburger Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI).

Die vollständige Fassung des Artikels steht in ak 582.

# Occupy your life

**Sozialproteste haben in Deutschland nur mit Aktionsformen eine Perspektive, die Gegenmacht im Alltag entwickeln**

Von Kalle Kunkel

In Deutschland herrschen sehr spezielle Bedingungen für eine Widerstandsbewegung gegen die Krisenpolitik. Bei einer Arbeitslosenquote, die unter Vorkrisenniveau liegt, und einer (noch) wachsenden Wirtschaft scheint es kaum Gründe für Protest zu geben. Diese Wahrnehmung wird jedoch dem Krisenverlauf in Deutschland nicht gerecht.

Zu Recht gibt es in der hiesigen Linken schon länger eine Debatte, die Krise weniger als eruptive Katastrophe zu interpretieren – mit überquellenden Schlangen an den Arbeitsämtern und zerlumpten Elendsgestalten an den Ausgabestellen der »Tafeln«, sondern von einer Krise in

Ökonomisch war dieser Prozess bisher erfolgreich. Deutschland konnte sich dank einer massiven Mobilisierung der Gesellschaft auf Kosten europäischer KonkurrentInnen wirtschaftlich sanieren. Zugleich – und das ist zentral – sind die abhängig Beschäftigten prekär in das System integriert. In Deutschland ist die Krise nicht die Zeltstadt, in der Arbeitslose wohnen, weil sie, wie in den USA, ihren Hauskredit nicht bedienen konnten. In Deutschland ist die Krise nicht Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent, wie in Spanien oder Griechenland. In Deutschland besteht die Krise vor allem in einer radikalen Preissenkung qualifizierter Arbeit, einer Inwertsetzung niedrig qualifizierter Arbeit und einem Abbau sozialer Leistungen. In Deutschland ist die Krise »das überforderte Ich«, wie das Nachrichtenmagazin Der Spiegel eine Ausgabe zum Thema Burnout betitelte.



Das Gefühl herrscht vor, dass es in diesem System auf einen selbst nicht mehr ankommt

## Krisengewinn fürs Kapital: Griechenland unterm Hammer

Die bisherigen »Hilfen« für Griechenland sind an die Verpflichtung gekoppelt zu privatisieren. Dafür hat die griechische Regierung den Hellenic Republic Asset Development Fund gegründet. Die Website des Privatisierungsfonds gleicht einem Onlineshop. Die Deutsche Telekom erhöhte bereits ihren Anteil an der griechischen Telefongesellschaft OTE um zehn auf 40 Prozent. Für den Athener Flughafen interessiert sich der deutsche Flughafenbetreiber Fraport. Einen Teil (40 Prozent) hält bereits der deutsche Baukonzern Hochtief. Zum Verkauf stehen auch die zwei größten Häfen des Landes (Thessaloniki, Piräus). Die chinesische Reederei Cosco will für eine Milliarde Euro in Piräus investieren (entspricht einem Anteil von 60 Prozent). Zum Verkauf stehen des weiteren Flughäfen, das staatliche Glücksspielunternehmen (OPAP), die Gaswerke (DEPA), die griechische Waffenindustrie sowie Erdgasvorkommen im Meer vor der Hafenstadt Kavala, die Mautrechte der griechischen Autobahnen, Teile der Elektrizitätsgesellschaft (DEI), eine Aluminiumfabrik, die Staatsbahn und Immobilien in Staatsbesitz. Die griechische Regierung wurde zudem verpflichtet, die restliche Beteiligung an der Hellenischen Postbank zu verkaufen (34 Prozent), außerdem Beteiligungen an der Wasserversorgungs- und Abwassergesellschaft Thessaloniki (74 Prozent). Aufgrund der unsicheren Lage in Griechenland wurde bisher noch nicht allzu viel verkauft – oder zu Schleuderpreisen. Das wird sich ab diesem Jahr ändern. Die Lage in der Eurozone scheint für Hedge Fonds und Beteiligungsgesellschaften stabil genug. In Folge der Privatisierungen werden die Preise für Gas, Strom, Nah- und Fernverkehr etc. steigen. Die Bevölkerung verarmt, Privatunternehmen verdienen sich eine goldene Nase.

Permanenz zu sprechen und den Blick auf die wachsende Prekarisierung zu richten: auf unsichere Arbeitsverhältnisse, einen Lohn, der nicht zum Leben reicht und staatlich aufgestockt wird, auf Befristung, Leiharbeit und Leistungsdruck.

Die Rahmenbedingungen sind inzwischen wohl bekannt. Vor allem Rot-Grün hat die deutsche Wirtschaft auf Wettbewerbsfähigkeit getrimmt. Die Reallöhne sanken, vor allem in den unteren Lohnsegmenten, der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert, Arbeitslosigkeit führt jetzt sehr schnell in die Armut. Die realen Arbeitszeiten wurden ausgedehnt und die Krankheitstage gedrückt, die Risiken und Kosten für Krankheit und Alter privatisiert. Die Angst, die das Paradigma von »mehr Druck durch mehr Freiheit« schürt, steigt nicht mehr nur die Bürotürme hoch, wie das Manager Magazin 2009 titelte, sondern kriecht auch durch die Betriebe und Geschäftsstellen.

Während also die Krise in den meisten Ländern zu einem massiven Desintegrationsprozess führt, gelingt in Deutschland eine angstgetriebene prekäre Integration. Gleichzeitig nutzt Deutschland diesen Prozess, um seine Vormachtstellung auszubauen und die europäischen Nachbarländer nach deutschen Vorstellungen zu restrukturieren.

## Gefühl der Austauschbarkeit

Die Erklärung, dass sich in Deutschland vor allem deshalb kaum Protest regt, weil es »den Leuten« noch zu gut gehe, führt in die Irre. Es gibt ein diffuses Unbehagen, das aber nicht nur ein Resultat von Ausgrenzung und Verarmung ist, sondern auch durch die beschriebenen Prozesse der angstgetriebenen Integration geschürt wird. Es herrscht das Gefühl vor, dass es in diesem System auf einen selbst nicht mehr ankommt, ein Gefühl der Austauschbarkeit und der Bedeutungslo-

sigkeit der eigenen Bedürfnisse angesichts einer bis in Betrieb, Wohnung, Gesundheit oder Bildung durchregierenden Macht des Marktes.

»Den Druck der Finanzmärkte herunterzubrechen auf jeden einzelnen Mitarbeiter, das ist das Kunststück, das über das Überleben der Betriebe entscheiden wird«, erklärte im Jahr 2000 der damalige Präsident des Unternehmensverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegießer. Sichtbarster Ausdruck dieser Strategie ist der zunehmende Leistungsdruck. Dieser unterscheidet sich von dem Leistungsdruck früherer Zeiten dadurch, dass er den Einzelnen in einen endlosen Prozess der Selbstmobilisierung zwingt. Derlei Unternehmensstrategien sollen passive wie aktive Verweigerung erschweren. Der Druck wird ins Ich verlagert: Er wird nicht mehr in erster Linie durch Vorgesetzte von oben an die Beschäftigten herangebracht, sondern erscheint als Ergebnis struktureller Zwänge. Die Instrumente dafür sind budgetgesteuertes Management, Management durch Zielvereinbarung, ständige Vergleiche der Beschäftigtenperformance (Benchmarking) und der Zwang zur ständigen kollektiven Selbststratialisierung (Qualitätszirkel). Jede Abteilung, jeder Arbeitsplatz wird zum Profitcenter, das durch seine »Wirtschaftlichkeit« über das eigene Schicksal entscheidet.

Gegen diese subjektivierenden Druckstrategien fehlt sowohl den Einzelnen als auch den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bislang eine wirksame Widerstandsstrategie. Dass die abhängig Beschäftigten diesen Druck individuell bewältigen (müssen), erschwert eine politische Klassenformierung auf gesellschaftlicher Ebene.

Die Folge ist eine »Krise ohne Konflikt«, wie es das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) beschreibt, das in Interviews einen weit verbreiteten perspektivlosen Antikapitalismus feststellt. Er geht einher mit einem Gefühl der Handlungsunfähigkeit: Die KollegIn-

nen wissen nicht, gegen wen sie sich wenden, an wen sie ihre Forderungen stellen sollen.

## Handlungsoptionen gegen die Ohnmacht

Diese alltäglichen Ohnmachtserfahrungen sind ein Grund für die politische Apathie in Deutschland. Diese Apathie ist aber nicht folgenlos, denn zugleich gibt es eine heftige Krise der politischen Legitimation. Angesicht der Rettung der »systemrelevanten Banken« wandelt sich das Gefühl, für dieses »System« bedeutungslos zu sein, zu einem manifesten Ungerechtigkeitsgefühl. Es basiert auf alltäglicher Erfahrung in der Schule, im Betrieb, im Jobcenter, in der Uni, im Wohnviertel.

Das sind die Ausgangsbedingungen für eine Protestbewegung gegen die Krisenpolitik in Deutschland. Die wichtigste Herausforderung einer antikapitalistischen Linken unter diesen Bedingungen besteht darin, Handlungsmacht durch kollektive Aktion wiederzugewinnen. Handlungsfähigkeit muss im Konkreten erfahrbar und erlebbar sein. Große gesellschaftliche Mobilisierungen können den Resonanzraum dafür erweitern. Die konkrete Praxis muss jedoch im Lokalen entwickelt werden. Gegenmacht muss an den Orten entstehen, an denen die Menschen tagtäglich ihr Leben bestreiten und die zugleich die Orte sind, an denen sich das Kapital verwertet und an denen sich Herrschaft reproduziert. Ansatzpunkte dafür gibt es: die Recht-auf-Stadt-Bewegung, betriebliche Kämpfe, die Kämpfe gegen die Schikanen im Jobcenter etc. Eine solche Mikrophysik der Gegenmacht, in der kollektive Handlungsfähigkeit konkret erfahrbar wird, ist die Grundlage, um die Frage der gesellschaftlichen Hegemonie überhaupt wieder stellen zu können. ●

Kalle Kunkel ist aktiv in sozialen Bewegungen mit Schwerpunkt Unipolitik und arbeitet als Organizer bei ver.di.

Die vollständige Fassung des Artikels steht in ak 577.

## Krisengewinn fürs Kapital: Südeuropa wird Billiglohnzone

Die südeuropäischen Krisenländer werden für das deutsche Kapital wieder attraktiver – als billig gesparte Investitionsstandorte. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK). Für die Investitionsentscheidung sind vor allem die sinkenden Produktionskosten in Ländern wie Portugal, Spanien oder Italien entscheidend. Sie sind Ergebnis der »Reformen« der letzten Jahre. Dazu gehören: die Aushöhlung von Tarifverträgen, Senkung der Löhne (u.a. durch gestiegene Arbeitslosigkeit), Schwächung der Gewerkschaften, Senkung von Mindestlöhnen etc. pp. Laut Studie gewinnen deshalb die südeuropäischen Staaten gegenüber den osteuropäischen Staaten oder China wieder als Produktionsstandorte für deutsche Unternehmen an Bedeutung. Das gilt vor allem für die pharmazeutische Industrie, die Textilindustrie sowie die Gummi- und Kunststoffindustrie.

Der Angriff auf das Lebensniveau in Südeuropa könnte aber als Bumerang nach Deutschland zurückkehren: Der DIHK-Experte Ilja Nothnagel sagte dem Handelsblatt, dass die Studie auch als »ein Warnsignal für den Wirtschaftsstandort Deutschland« gelesen werden müsse. Denn mehr Investitionen im Ausland bedeuten weniger Investitionen in Deutschland. »Das große Reformtempo um Deutschland herum sollte deshalb auch hierzulande Ansporn sein«, meint Nothnagel.



# Miete essen Einkommen auf

**Das Wohnen in deutschen Städten wird teurer. In Berlin wächst die Wut über Zwangsräumungen und Verdrängung**

Von Max Müller

**V**on Krise keine Spur in Deutschland? Das stimmt so nicht. Die erbitterten Auseinandersetzungen um steigende Mieten und Zwangsräumungen in den letzten Monaten vor allem in Berlin zeigen, dass viele Menschen die Situation deutlich spüren, von der es immer heißt, sie sei in Deutschland »nicht angekommen«. Ein Blick auf den Krisenherd Berliner Wohnungsmarkt.

»Es geht uns sehr schlecht, weil die Räumung vollzogen wurde, aber es geht uns auch sehr gut, weil wir so viel Solidarität erfahren haben.« Mit diesen Worten kommentierte Ali Gülbol am 14. Feb-

ruar 2013 die Räumung der Wohnung in Berlin-Kreuzberg, in der er und seine Familie bis zu jenem Morgen gelebt hatten. Mehrere Hundert PolizistInnen hatten zuvor unter Einsatz von körperlicher Gewalt und Pfefferspray die Räumung durchgesetzt. Die 1.000 DemonstrantInnen, die in den frühen Morgenstunden versucht hatten, den OrdnungshüterInnen den Weg zu versperren, konnten die Zwangsräumung nicht verhindern. Auch am 9. April scheiterten 200 DemonstrantInnen mit dem Versuch, die Zwangsräumung der schwer behinderten Rosemarie Fließ aus ihrer Wohnung in Berlin-Reinickendorf zu blockieren. Zwei Tage nach der Räumung starb Rosemarie Fließ

## Krisengewinnler Deutschland I: Niedrige Zinsen und Zinsgewinne

*Deutschland zahlt für Südeuropa? Ein beliebtes Märchen – nur leider falsch. Der deutsche Staat und deutsche Unternehmen können seit Jahren zu niedrigsten Zinsen Kredite aufnehmen, die Bundesregierung sogar mehrmals zu negativen Zinsen. Das heißt, das Bundesfinanzministerium hat Geld dafür bekommen, dass es sich Geld geborgt hat. Warum? Zum einen hält die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins, also den Zins, zu dem Banken Geld erhalten, seit Ausbruch der Krise sehr niedrig. Wichtiger ist aber, dass Europas Vermögensbesitzer ihr Geld in Sicherheit wissen wollen. Deshalb fließt es auf deutsche Banken und in deutsche Staatsanleihen. Das Geldangebot steigt, die Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen ebenfalls. Ergebnis: Die Zinsen sinken. Deutschland verdient, auch an der Eurorettung. Nimmt Deutschland einen Kredit mit sagen wir zwei Prozent Zinsen auf, um ihn über den Rettungsschirm mit fünf Prozent Zinsen an Griechenland weiterzureichen, kann der angebliche »Zahlmeister Europas« die Zinsdifferenz einstreichen – ein schöner Gewinn. Die Eurohilfe kostet Deutschland bislang nichts. Das Gegenteil ist der Fall: Durch die Kreditvergabe hat Deutschland mehrere Hundert Millionen Euro Gewinn gemacht. Allein bis Mitte Juli 2011 kassierte der Bund auf diese Weise fast 200 Millionen. Das musste in einer Minimeldung sogar die BILD einräumen.*

Das Grundsätzliche vorweg: Wenn Wohnraum Ware ist, dann muss die Nutzung des Wohnraums bezahlt werden. Wer das nicht kann, muss rausfliegen, sonst bräche die Zahlungsmoral ein. Es ist Aufgabe des Rechtsstaats, das Eigentum und dessen Verwertung zu schützen und im Zweifelsfall Zwangsräumungen durchzusetzen.

Zwangsräumungen sind die gewalttätigste Form der Verdrängung wenig zahlungskräftiger MieterInnen. Sehr viel mehr MieterInnen suchen bereits vor der Räumung eine kleinere und/oder abgelegene Wohnung. Noch mehr Menschen bleiben vorläufig, wo sie sind, und zahlen zähneknirschend einen steigenden Anteil ihres Einkommens für die Miete.

**Berlin: arm, aber sexy?**  
Berlin ist eine Mieterstadt: Mehr als 85 Prozent der Haushalte wohnen zur Miete. Aus vielfältigen Gründen lagen die Mieten in Berlin lange unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Selbst bei Neuvermietungen sind sie nach wie vor meist niedriger als in anderen deutschen Großstädten. Doch auch die Löhne sind in Berlin deutlich niedriger als im Durchschnitt Westdeutschlands (wo die von der Miethöhe her vergleichbaren Städte



Allein im Jahr 2010 gab es in Berlin 5.603 Zwangsräumungen.

EigentümerInnen wollen die höheren Wohneigentumspreise in höhere Mieten umsetzen.

Dabei sind sie relativ frei, denn eine Mietobergrenze gibt es in Deutschland nicht. Allerdings darf die Miete während der Laufzeit eines Mietvertrags innerhalb von drei Jahren um maximal 20 Prozent erhöht werden. (Diese Spanne liegt immer noch deutlich über den Lohn- und Rentensteigerungen.) Bei Neuabschluss eines Vertrages greift die 20-Prozent-Regel nicht, weshalb die Miete dann meist einen kräftigen Sprung nach oben macht.

Ärmere Schichten sind von dieser Entwicklung besonders stark betroffen. Allein 2011 lagen die Mieten von rund 100.000 Hartz-4-Bedarfsgemeinschaften über den erlaubten Grenzen. 65.000 Bedarfsgemeinschaften erhielten Aufforderungen zur »Senkung der Kosten der Unterkunft«. Das bedeutet in den meisten Fällen den Umzug an den Stadtrand. Die Zahl solcher Aufforderungen wird in den nächsten Jahren noch steigen. Denn mittlerweile wird ein maximales Mietniveau für Hartz-4-BesitzerInnen vorgeschrieben, dem nur 75.000 Wohnungen in Berlin entsprechen – bei rund 300.000 Hartz-4-Bedarfsgemeinschaften.

### Warum die Mieten steigen

Für den starken Anstieg der Mieten in Berlin gibt es mehrere Gründe: Berlins Bevölkerung wächst, seit 2005 ohne Unterbrechung. Zugleich nimmt die Zahl der Haushaltsmitglieder (wie in Deutschland insgesamt) ab. Die Wohnfläche pro Kopf stieg in ganz Deutschland in den letzten 20 Jahren deutlich. Da aber in Deutschland, wie in Berlin, zu wenige Wohnungen gebaut werden, stehen weniger Wohnungen pro EinwohnerIn zur Verfügung. Zudem boomt der Berlin-Tourismus, mehr Gebäudefläche wird für Hotels, Ferienwohnungen, Gästezimmer und Gastronomie genutzt. Die Folge: EinwohnerInnen konkurrieren de facto mit TouristInnen um Wohnflächen.

Auch die globale Wirtschaftskrise seit 2007 verschärft die Lage auf dem Wohnungsmarkt, denn sie beflügelt die Immobilienspekulation in Deutschland und Berlin. Der Zusammenhang lässt sich grob so beschreiben: Die deutsche Exportwirtschaft gewinnt durch die relative Schwäche des Euro (gegenüber einer gedachten deutschen Währung) an Wettbewerbsfähigkeit. Unter anderem deswegen gilt Deutschland weiterhin als sicherer Hafen für Kapitalanlagen. Dies führt zu einem Zufluss an Kapital und zu niedrigen Zinsen in Deutschland. Das Kapital fließt (unter anderem) in den Immobilienmarkt, denn der gilt in Deutschland (noch) nicht als überbewertet, durch die niedrigen Zinsen ist die Finanzierung von Immobilien einfacher. Folge: Die Immobilienpreise in Deutschland und Berlin steigen – und mit

ihnen die Mieten. Dadurch sank das für den Konsum freie Einkommen (Nettoeinkommen minus Warmmiete) allein von 2011 auf 2012 in München, Hamburg, Köln und Frankfurt am Main um zwei bis 5,5 Prozent, in Berlin um fünf Prozent.

Die Einkommen kommen mit den Mietsteigerungen seit Jahren nicht hinterher. Ergebnis: Die Zahl der Räumungsklagen stieg in Berlin von 2002 bis 2010 um über 65 Prozent, die Zahl der Räumungsmittelungen von 2009 auf 2010, also innerhalb eines Jahres, um über elf Prozent auf 5.603 allein 2010.

### Initiativen gegen Verdrängung

Seit Frühjahr 2012 protestieren Mieterinitiativen verstärkt gegen steigende Kosten, Verdrängung von MieterInnen aus dem Innenstadtbereich und Zwangsräumungen. Die Initiative Kotti & Co (2) etwa, eine selbstorganisierte Initiative aus den Sozialbauten am Kottbusser Tor in Kreuzberg, fordert eine Obergrenze von vier Euro pro Quadratmeter Nettokaltmiete in den Sozialbaugroßsiedlungen in Kreuzberg. Außerdem setzt sie sich dafür ein, den sozialen Wohnungsbau zu kommunalisieren, statt den (privaten) Sozialwohnungsbau auf öffentlichen Mitteln ohne Mietobergrenzen zu fördern, was am Ende zu unsozialen Mieten führt. Kotti & Co weist mit Nachdruck darauf hin, dass es gerade die in den 1960er Jahren angeworbenen »GastarbeiterInnen« und ihre Familien sind, die Kreuzberg zu dem gemacht haben, was es heute ist – und nun verdrängt werden.

Auch das Bündnis gegen Zwangsräumungen (3) hat in den letzten Monaten einiges Aufsehen erregt. Mit den Aufrufen, die Räumungen der Familie Gülbol und der Rentnerin Rosemarie Fließ aus ihren Wohnungen zu verhindern, hat es das Problem der Zwangsräumungen bundesweit bekannt gemacht. Doch klar ist auch, dass das Bündnis mit der Masse der Zwangsräumungen nicht Schritt halten kann. Immerhin hat die praktische Solidarisierung ein wenig an den Abschottungen der verschiedenen Parallelwelten zueinander gekrätzt: Zweimal äußerten MieterInnen, sie hätten nie gedacht, dass Deutsche ihnen (= MigrantInnen) je helfen würden. Ob eine soziale und politische Öffnung der Proteste gegen Zwangsräumungen gelingt, werden die nächsten Monate zeigen. ●

**Max Müller wohnt in Berlin und ist aktiv im Bündnis gegen Zwangsräumungen.**

Die vollständige Fassung des Artikels steht in ak 581.

**Anmerkungen:**  
1) Die Zahlen in diesem Artikel stammen aus amtlichen Statistiken, wissenschaftlichen Publikationen, Zeitungsartikeln und Markterhebungen von Privaten.  
2) kottiundco.net.  
3) zwangsräumungsverhindern.blogspot.de.

## Krisengewinnler Deutschland II: Exportvorteil durch schwachen Euro

*Mitte 2008 hatte der Euro seinen Höchstwert erreicht. Ein Euro kostete etwa 1,59 US-Dollar. Inzwischen sind es fast 30 Cent weniger. Mit jeder akuten Krise (Griechenland) sackte der Eurokurs ab. Auch wenn das in der öffentlichen Debatte als Krisensignal gilt (schließlich ist der Außenwert ein Anzeichen dafür, wie viel Vertrauen eine Währung genießt), hat die deutsche Exportindustrie durchaus profitiert. Denn deutsche Unternehmen exportieren verstärkt ins außereuropäische Ausland – und dort wird meist nicht mit Euro bezahlt, sondern mit US-Dollar. Sinkt der Kurs des Euro im Verhältnis zum Dollar, werden Waren aus Deutschland für die KäuferInnen billiger. Die Folge: Sie kaufen mehr, und das kommt der deutschen Exportwirtschaft zugute. Die deutsche Wirtschaft ist extrem auf den Export ausgerichtet, Deutschlands Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 50 Prozent. In Frankreich sind es 27 Prozent, in Japan 16 Prozent, in den USA nur 13 Prozent. Dass die südeuropäischen Absatzmärkte einbrechen, kümmert Deutschlands Wirtschaft wenig: Denn die deutschen Exporte in die Eurozone wuchsen zwischen 2001 und 2011 zwar um 61 Prozent, doch die Exporte insgesamt legten um 144 Prozent zu! Deutschland ist somit weniger stark als andere Länder auf die Eurozone ausgerichtet. Wenn PortugiesInnen, ItalienerInnen, GriechInnen und SpanierInnen weniger Geld im Portemonnaie haben, sprudeln die deutschen Gewinne trotzdem weiter.*

### Blockupy 2013: Veranstaltungen und Infos

Auch dieses Jahr mobilisiert ein breites Bündnis von Organisationen, Initiativen und Netzwerken zu den Blockupy-Aktionstagen nach Frankfurt am Main. Gegen die Krisen- und Verarmungspolitik der Troika mit ihren dramatischen Folgen soll mit Blockupy ein Zeichen internationaler Solidarität gesetzt werden.

**Treffpunkt für Blockupy** ist das Aktionscamp auf dem Rebstockgelände in der Nähe der Messe. Das Camp wird ab Montag (27. Mai) aufgebaut und am Mittwoch, 29. Mai, eröffnet. Dort können Zelte aufgeschlagen werden. Pro Übernachtung fallen fünf Euro an. Auf dem Camp finden auch zahlreiche Veranstaltungen statt.

Im Mittelpunkt der Proteste stehen Freitag und Samstag: die Massenblockaden und Aktionen des Zivilen Ungehorsams am 31. Mai und die internationale Demonstration am 1. Juni. Die Blockade der Europäischen Zentralbank (EZB) beginnt am Freitag früh morgens. Es wird mehrere Sammelpunkte im Stadtgebiet geben. Von dort aus geht es – ob in gemeinsamen Großgruppen oder durch massenhaftes Einsickern und Ausschwärmen in kleineren Bezugsgruppen – Richtung EZB mit dem Ziel, die Zentralbank so effektiv wie möglich zu blockieren. Durch Sitz- und Stehblockaden sollen alle Zugänge zum Eurotower dichtgemacht werden.

Nach der Blockade der EZB sind **weitere Aktionen** geplant. Mit vielfältigen, kreativen Aktionsformen soll Frankfurt an diesem Tag in eine bunte und laute Stadt des Protests verwandelt werden, gegen die Verarmungspolitik der Troika mit ihren dramatischen Folgen und gegen die unterschiedlichen Akteure und Profiteure der Krise.

Zum Beispiel sollen vor der Deutschen Bank neokolonialer Landraub und Spekulationen auf Nahrungsmittel skandalisiert werden. Und »Blockupy Deportation Airport« wird das Motto von Flashmobs und Protesten im Frankfurter Abschiebeflughafen sein.

**Für den 1. Juni ist eine Großdemo** geplant – gegen Kapitalismus und die Verarmungspolitik von Bundesregierung und Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds. Die Auftaktkundgebung beginnt um 11 Uhr am Basler Platz. Die Abschlusskundgebung und Assambleas finden gegen 16 Uhr am Willy-Brandt-Platz in unmittelbarer Nähe zur EZB statt.

Die Fraktion DIE LINKE lädt am 31. Mai 2013 auf dem Roßmarkt (S- und U-Bhf. Hauptwache) zu **zwei Veranstaltungen** unter freiem Himmel ein. Ab 17 Uhr werden dort unter dem Motto »Rettet die Menschen, nicht die Banken – Für ein soziales Europa« Sahara Wagenknecht (DIE LINKE), Alexis Tsipras (SYRIZA, Griechenland) und Catarina Principe (Linksblock Portugal) zu hören sein. Um 22 Uhr wird der neueste Dokumentarfilm von Ken Loach »The spirit of '45« über den Kampf um den Sozialstaat in Großbritannien nach dem Krieg und dessen Demontage gezeigt. **Weitere Veranstaltungen** planen unter andere die Interventionistische Linke, Ums Ganze und die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

**Weitere Informationen:**

- Interventionistische Linke: [www.dazwischengehen.org](http://www.dazwischengehen.org)
- NoTroika Rhein-Main: <http://notroika.org>
- Blockupy Frankfurt: <http://blockupy-frankfurt.org/>

### Demonstrationsroute

**1. Juni 2013**  
Frankfurt am Main/  
Innenstadt

**1** Basler Platz

**2** Willy-Brandt-Platz

**Demonstrationsroute:**

**Auftaktkundgebung:** 11.00 Uhr  
Basler Platz

Basler Platz – Wilhelm-Leuschner-Straße – Hofstraße – Weißfrauenstraße – Berliner Straße – Konrad-Adenauer-Straße – Bleichstraße – Hochstraße – Opernplatz – Taunusanlage – Gallusanlage – Willy-Brandt-Platz

**Abschlusskundgebung:** 16.00-17.30 Uhr  
Willy-Brandt-Platz

### Impressum

**ak** Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Telefon Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, [redaktion@akweb.de](mailto:redaktion@akweb.de), [www.akweb.de](http://www.akweb.de). Vi.S.d.P. G. Bauer für diese Ausgabe, Verlagsanschrift. Auflage 20.000.

# ak als Abo oder Geschenk!

**Linke Politik:** monatlich auf 36 Seiten, übersichtlich im Zeitungsformat. Wir informieren, analysieren und debattieren über und gegen den Kapitalismus. Unsere Spezialität: Hintergründe aufzeigen – Zusammenhänge herstellen!

**Prämie A**

Mehr als ein Viertel  
Das hoch gelobte Buch über das Hamburger Gängeviertel. Herausgegeben vom Gängeviertel e.V.

**Prämie B**

Brief in die Auberginenrepublik  
Abbas Khiders Roman begleitet einen Brief auf seiner unerhörten Reise in den Irak.

**Prämie C**

akArchiv6. Die CD-ROM mit allen Artikeln 03/88 bis 12/08 sowie Fantômas 1 bis 13.

**Ausfüllen, ausschneiden, einsenden!** analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Oder faxen: (0 40) 401 701 75, Online-Bestellformular: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)

Ja, ich will 4 Mal **ak** für € 10,00.  
Das Probeabo wird zum Jahresabo, wenn es nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe gekündigt wird. Probeabo ohne Verlängerung:

Ja, ich will **ak** im Abo beziehen.  
Ein Jahresabo umfasst derzeit elf ak-Ausgaben.

Zahlungsweise:	halbjährlich	jährlich
Normalabo Inland	€ 27,00	€ 53,00
Förderabo*	€ _____	€ _____
Sozialabo**	€ 19,00	€ 37,00
Zuschläge		
Europa	€ 5,00	€ 10,00
weltweit (Luftpost)	€ 8,00	€ 15,00

\* Bitte einen freiwilligen Förderbetrag über dem Preis des Normalabos eintragen  
\*\* Das Sozialabo ist für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Werbepremie

**AuftraggeberIn:**

VOR- UND NACHNAME \_\_\_\_\_

STRASSE, HAUSNUMMER \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ ORT \_\_\_\_\_

LAND \_\_\_\_\_

E-MAIL \_\_\_\_\_

Ja, ich will **ak** verschenken.

Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.

**ak soll gesendet werden an:**

VOR- UND NACHNAME \_\_\_\_\_

STRASSE, HAUSNUMMER \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ ORT \_\_\_\_\_

LAND \_\_\_\_\_

Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum bzw. auf mindestens ein Jahr begrenzt.

Ich möchte die geschäftliche Kommunikation mit dem aki-Verlag über E-Mail abwickeln.

Ich freue mich, wenn ak mich zu Veranstaltungen u.ä. einlädt.

**Werbepremien**  
Ich habe ak für ein Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Prämie. Das Angebot gilt nicht für das Sozialabo.

Prämie A  Prämie B  Prämie C

**Zahlungsweise**

Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen.  
Hiermit ermächtige ich a.k.i., Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Preis für diese Bestellung zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

KONTOINHABER(IN) \_\_\_\_\_

KONTO-NRUMMER \_\_\_\_\_ BANKLEITZAHL (BLZ) \_\_\_\_\_

GELDINSTITUT \_\_\_\_\_

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto aki, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nummer 788 836-202. (Ausland: IBAN DE 23 2001 0020 0788 8362 02 / BIC: PBNKDEFF)

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugsraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

ORT, DATUM \_\_\_\_\_ UNTERSCHRIFT \_\_\_\_\_